

G7 setzt Ende des fossilen Zeitalters auf die globale Agenda

Einschätzungen zu den Verhandlungsergebnissen von Elmau im Bereich Klimapolitik

Am 7. und 8. Juni 2015 fand auf Schloß Elmau in Oberbayern der G7-Gipfel statt. Unter anderem wurden dort wichtige Entscheidungen im Bereich Klimapolitik getroffen. Sie bereiten den Weg für einen erfolgreichen Klimagipfel im Dezember in Paris, bei dem die Staatengemeinschaft ein neues globales Klimaabkommen verabschieden soll. Germanwatch analysiert die wichtigsten Passagen aus der Abschlusserklärung¹ des G7-Gipfels.

Dekarbonisierung

Seit dem Abschluss des G7-Gipfels steht der – zum Einhalten des Zwei-Grad-Limits notwendige – globale Ausstieg aus den fossilen Energien weit oben auf der weltpolitischen Agenda. Von jetzt an geht es um das Ende des fossilen Zeitalters. Mit einem Bekenntnis zu **drei Zielen** sendet die G7 dazu ein klares Signal an Politik und Unternehmen:

Erstens drängt die G7 darauf, dass die Welt ihre Wirtschaft so entwickelt, dass diese noch in diesem Jahrhundert ohne Treibhausgas-Ausstoß auskommt.

„Dadurch sollten alle Länder in die Lage versetzt werden, im Einklang mit dem globalen Ziel, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2° Celsius zu halten, einen kohlenstoffarmen und belastbaren Entwicklungspfad einzuschlagen. In Anbetracht dieses Ziels und eingedenk der aktuellen Ergebnisse des IPCC betonen wir, dass tiefe Einschnitte bei den weltweiten Treibhausgasemissionen erforderlich sind, einhergehend mit einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts.“²

Dekarbonisierung – das heißt im Kern Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter – aus Kohle, Öl und Gas³. Es wurde erreicht, dass die Dekarbonisierung nicht „bis Ende des Jahrhunderts“ sondern „im Laufe des Jahrhunderts“ angekündigt wird. Damit ist die Debatte eröffnet: Wann genau in diesem Jahrhundert? Diese Ankündigung muss nun in den Verhandlungen mit den anderen G20-Staaten und dann im Langfristziel von Paris konkretisiert werden.

Zweitens drängt die G7 darauf, dass etwa zwei Drittel der globalen Treibhausgas-Emissionen (gegenüber 2010) schon bis 2050 reduziert sind.

„Entsprechend unterstützen wir als gemeinsame Vision für ein weltweites Ziel zur Verringerung von Treibhausgasemissionen, gemeinsam mit allen Vertragsparteien des UNFCCC, Treibhausgase bis 2050 im Vergleich zu 2010 entsprechend dem oberen Ende der jüngsten IPCC-Empfehlungen von 40 bis 70 % zu reduzieren; hierbei erkennen wir an, dass diese Herausforderung nur durch eine globale Herangehensweise gemeistert werden kann.“

Dieses Ziel betrifft alle Treibhausgase. Die Emissionen des wichtigsten Treibhausgases CO₂ müssen nach den hier zitierten IPCC-Szenarien noch stärker sinken.

¹ G7-Abschlusserklärung und weitere Dokumente: www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/G7/g7-gipfel-dokumente.html

² Alle Unterstreichungen in den Zitaten aus der Abschlusserklärung durch Germanwatch.

³ Es sei denn, dass in größerem Maß auf die teure, energieaufwändige und riskante Abscheidung und geologische Tiefenlagerung (CCS) oder Abscheidung und Nutzung (CCU) von CO₂ zurückgegriffen wird.

Drittens erklärt die G7, dass sie ihre eigenen Energiesektoren bereits bis 2050 entsprechend transformieren will.

„Wir verpflichten uns, unseren Teil dazu beizutragen, langfristig eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu erreichen, auch durch die Entwicklung und den Einsatz innovativer Technologien, und streben bis 2050 einen Umbau der Energiewirtschaft an; wir laden alle Länder ein, sich uns in diesem Unterfangen anzuschließen.“

Die Erklärung, dass die G7 eine Transformation ihrer Energiesektoren anstrebt, ist das wichtigste klimapolitische Ergebnis des Gipfels und fast schon sensationell. Obwohl die Formulierung einen Kompromiss mit den Bremsern aus Japan und Kanada darstellt und noch eindeutiger hätte sein können, wird hier doch eine Energiewende (Transformation der Energiesektoren) in allen G7-Staaten angekündigt. Interessant auch: Die Ankündigung bezieht sich auf die Energiesektoren **en** – das beinhaltet also neben dem Strom auch den Verkehrs- und Wärmesektor.

Die G7-Staaten untermauern die Ernsthaftigkeit dieser Zusage damit, dass sie sich – um dieses Ziel zu erreichen – verpflichten, jeweils entsprechende kohlenstoffarme Strategien vorzulegen.

„Wir verpflichten uns zu diesem Zweck ferner zur Entwicklung langfristiger nationaler kohlenstoffarmer Strategien.“

Solche nationalen Strategien für eine umfassende Energiewende in jedem G7-Staat sollen dafür sorgen, dass das Ziel durch Umsetzungsstrategien der Staaten untermauert wird.

Um die Glaubwürdigkeit der von ihnen vorgeschlagenen globalen Ziele zu demonstrieren, initiiert die G7 zudem Finanzierungsinitiativen zur beschleunigten Einführung von Erneuerbaren Energien in ökonomisch armen Ländern, insbesondere in Afrika.

„Hierzu werden wir [...] den Zugang zu sauberer Energie in Afrika und Entwicklungsländern in anderen Regionen beschleunigen, um bis 2020 die Energiearmut zu verringern und substanzielle Finanzmittel von Privatinvestoren, Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen und multilateralen Entwicklungsbanken zu mobilisieren, aufbauend auf bestehenden Arbeiten und Initiativen, auch der Globalen Innovationswerkstatt für Klimafinanzierung (Global Innovation Lab for Climate Finance), wie im Annex aufgeführt.“

Diese Initiativen sind wichtig, um den Durchbruch von Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, die durch den starken Verfall der Preise für Wind und Solarenergie nun wettbewerbsfähig werden. Es bestehen allerdings noch eine Reihe von Hindernissen und Risiken, die dazu führen, dass der Ausbau der Erneuerbaren in Nicht-OECD-Ländern noch nicht so schnell voran geht wie erforderlich. Diese Hindernisse sollen durch die Initiativen angegangen werden. In den nächsten Monaten bis zu den Gipfeln in New York (zur Post-2015-Entwicklungsagenda und den SDG – nachhaltigen Entwicklungszielen) und Paris (Klimaabkommen) geht es nun darum, die diversen angekündigten Initiativen dynamisch umzusetzen und damit Vertrauen in den Klima- und SDG-Verhandlungsprozessen aufzubauen.

Es konnte erfolgreich der Versuch von Japan abgewehrt werden, dieses Versprechen auf „saubere Energien“ auszuweiten, womit es plötzlich auch um die Förderung von „sauberer Kohle“⁴ gegangen wäre. Es konnte auch – wieder vor allem gegen den Widerstand von Japan – erreicht werden, dass der wichtige Annex verabschiedet wurde, der die Details der Initiative regelt.

Klimarisikoversorge und -absicherung

Die G7 sendet auch ein Signal an die besonders verletzlichen Länder des globalen Südens, dass sie die Klimarisikoversorge und -absicherung unterstützen will. Zum einen kündigt sie an, die in Sendai auf den Weg gebrachte Initiative für den Aufbau von Frühwarnsystemen in betroffenen Entwicklungsländern zu unterstützen.

⁴ Siehe neue Studie von Germanwatch zu Anzeichen einer Trendwende bei Erneuerbaren Energien: <http://germanwatch.org/de/10370>
Mit „sauberer Kohle“ ist die Verfeuerung von Kohle unter Abscheidung und Endlagerung/Nutzung des CO₂ gemeint.

Zum anderen bringt sie selber eine Klimaversicherungsinitiative für verletzte Nicht-OECD-Länder auf den Weg. Afrika steht auch hier ganz besonders im Zentrum. Bis 2020 sollen bis zu 400 Mio. Menschen über einen Versicherungsschutz gegen Klimarisiken abgesichert sein. Die deutsche G7-Präsidentschaft hat angekündigt, dass der Fokus auf Menschen mit einem täglichen Einkommen von unter zwei US-Dollar pro Tag liegen soll.

„Hierzu werden wir [...] unsere Unterstützung vor allem für die Anstrengungen gefährdeter Länder, Vorsorge für mit dem Klimawandel zusammenhängende Katastrophen zu treffen und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, intensivieren. Wir werden darauf hinwirken, die Anzahl der Menschen in den gefährdetsten Entwicklungsländern, die Zugang zu direkten oder indirekten Versicherungsleistungen gegen die negativen Auswirkungen von durch den Klimawandel verursachten Gefährdungen haben, bis 2020 um bis zu 400 Millionen zu erhöhen, und die Entwicklung von Frühwarnsystemen in den gefährdetsten Ländern unterstützen. Zu diesem Zweck werden wir von bereits bestehenden Risikoversicherungsfazilitäten wie der Afrikanischen Risikokapazität (African Risk Capacity) und der Karibischen Katastrophenrisikoversicherungsfazilität (Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility) sowie weiteren Anstrengungen zur Entwicklung von Versicherungslösungen und Märkten in gefährdeten Regionen, auch in kleinen Entwicklungsinselnstaaten, Afrika, Asien und im pazifischen Raum, in Lateinamerika und der Karibik, wie im Annex aufgeführt, lernen und auf ihnen aufbauen.“

Es ist nun zentral, dass der Armutsfokus der Initiative erhalten bleibt – und tatsächlich arme verletzte Menschen und nicht nur Menschen, die sich private Versicherung leisten können, im Zentrum stehen. Wenn dies gelingt, kann nun eine wirkungsvolle Initiative auf den Weg gebracht werden, die tatsächlich den Verletzlichsten hilft.

Klimafinanzierung

Die G7 wiederholt die Zusage, dass die Industrieländer ab 2020 jährlich 100 Mrd. US\$ für Klimaschutz und -anpassung mobilisieren. Um ein glaubhaftes Signal auszusenden, dass dieses Ziel ernst gemeint ist, wäre zweierlei erforderlich: Erstens ein Bekenntnis, dass zusätzliche öffentliche Gelder bereitgestellt werden müssen, und zweitens eine Zusage, dass ein nachvollziehbarer Plan vorgelegt wird. Dieser müsste transparent zeigen, wie es bis 2020 zu den 100 Mrd. US\$ kommen soll. Zu beiden Aspekten finden sich Aussagen im Text, diese sind aber relativ schwach: Die G7 verpflichtet sich nicht nur zur Mobilisierung, sondern auch zur Bereitstellung von Finanzmitteln und will immerhin zeigen, dass sie auf dem Weg zum 100-Milliarden-Ziel ist. Frankreich und Deutschland hätten sich allerdings hier stärkere Sprache gewünscht, die USA, Japan und Kanada waren an diesem Punkt die wichtigsten Bremsen.

„Wir bekräftigen unsere feste Zusage zur Vereinbarung von Kopenhagen, im Rahmen bedeutsamer Minderungsmaßnahmen und Transparenz bei der Umsetzung bis 2020 gemeinsam jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus einer Vielzahl sowohl öffentlicher als auch privater Quellen aufzubringen.“

Die Klimafinanzierung erreicht bereits ein beträchtliches Niveau. Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, verstärkt Finanzmittel aus öffentlichen und privaten Quellen bereitzustellen und zu mobilisieren und zu zeigen, dass wir und andere auf einem guten Weg sind, das Ziel von 100 Milliarden US-Dollar zu erreichen, und dass wir bereit sind, uns aktiv in die Verhandlungen über die Finanzierungsvorschriften für das Ergebnis von Paris einzubringen.“

Die Entwicklungsbanken sollen verstärkt Klimaschutz und -anpassung finanzieren. Das ist zu begrüßen. Es darf aber nicht dazu führen, dass die großzügige Anrechnung der Beiträge der Entwicklungsbanken die G7 aus der Verantwortung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel entlässt.

„Wir erkennen das Potenzial multilateraler Entwicklungsbanken dabei an, Klimafinanzierung bereitzustellen und Länder bei der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft zu unterstützen. Wir rufen die multilateralen Entwicklungsbanken auf, ihr bilanzielles Potenzial bestmöglich auszuschöpfen und ihre Kapazitäten zur Mobilisierung anderer Partner bestmöglich zu nutzen, um von den Ländern getragene Programme zur Erreichung dieses Ziels zu unterstützen.“

Subventionen für fossile Energieträger sollen reduziert werden, wie es bereits in der G20 vereinbart wurde. Im Rahmen der OECD soll auch die Exportkreditförderung auf Klimaziele verpflichtet werden. Insbesondere Japan und Deutschland nutzen bislang die Exportkreditagenturen zur Unterstützung von Kohletechnologie. In der Entwicklungsfinanzierung und bei öffentlichen Investitionen sollen Klimaaspekte in Erwägung gezogen werden. Ein klares Bekenntnis zu Kriterien, die sicherstellen, dass solche Investitionen mit dem Zwei-Grad-Limit vereinbar sind, wurde auf Druck von Japan aus dem Text gestrichen.

„Wir bleiben der Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe verpflichtet und laden alle Länder ein, es uns gleichzutun, und bleiben weiteren Fortschritten innerhalb der OECD-Diskussionen bezüglich der Thematik verpflichtet, wie durch Ausfuhrkredite zu unserem gemeinsamen Ziel der Bekämpfung des Klimawandels beigetragen werden kann. Wir bekennen uns dazu, Erwägungen bezüglich der Anpassung an und der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel in unsere Entscheidungen in den Bereichen Entwicklungshilfe und Investitionen einfließen zu lassen.“

Die Architektur des Paris-Abkommens

Die G7 kündigt an, dass sie im Rahmen des Pariser Klimaabkommens verbindliche Regeln für Transparenz und Rechenschaftspflicht über das Erreichen der nationalen Klimaziele anstrebt. Das soll dazu führen, dass die Ziele regelmäßig angehoben werden („auf Dauer gesteigerte Ambitionen“), so dass das Zwei-Grad-Limit eingehalten werden kann. Die USA haben diese Formulierungen unterstützt und geholfen, sie gegen japanischen und kanadischen Widerstand durchzusetzen. Stärkere Formulierungen zur Verbindlichkeit („rechtlich verbindlich“, „Verpflichtungen“ statt „Ziele“) waren allerdings mit den USA nicht möglich. Diese Ankündigung ist dennoch sehr wichtig, da es hier um den Kern des angekündigten Pariser Abkommens geht: Wie können die Selbstverpflichtungen der Staaten, die zunächst aller Voraussicht nach nicht für einen Zwei-Grad-Pfad ausreichen werden, vergleichbar gemacht, überprüft und regelmäßig verschärft werden?

„Das Übereinkommen soll Transparenz und Rechenschaftspflicht stärken unter anderem durch verbindliche Regeln in seinem Kern, um die Fortschritte bei der Erfüllung der Ziele zu überprüfen, wodurch auf Dauer gesteigerte Ambition gefördert würde. Dadurch sollten alle Länder in die Lage versetzt werden, im Einklang mit dem globalen Ziel, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2° Celsius zu halten, einen kohlenstoffarmen und belastbaren Entwicklungspfad einzuschlagen.“

Weitere Informationen rund um den G7-Gipfel finden Sie unter: www.germanwatch.org/de/g7-2015

Autoren: Christoph Bals, Lutz Weischer

Juni 2015

Diese Publikation können Sie als PDF herunterladen unter: www.germanwatch.org/de/10440

Germanwatch – Büro Bonn

Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Website: www.germanwatch.org

Redaktion: Daniela Baum

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

Dieses Projekt wurde gefördert von:

**STIFTUNG
MERCATOR**



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.